



Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg

Gruppensprecherin: Marianne Esders
Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg
marianne.esders@dielinke-lueneburg.de

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 29.02.2024

Antrag einer zeitlich plausiblen Behandlung der von den Ratsfraktionen und -gruppen eingebrachten Anfragen und Anträge in den Ratssitzungen

Die Gruppe Die PARTEI / Die Linke beantragt eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg mit dem Ziel, eine Umstellung der Tagesordnungsreihenfolge für die Ratssitzungen in einer solchen Weise zu erwirken, dass in jeder Sitzung ein plausibles Mindestmaß an Anträgen und Anfragen der Ratsfraktionen und -gruppen diskutiert und abgestimmt wird und es nicht in wiederholtem Maße zu einer nicht mehr haltbaren wochen- bzw. monatelangen zeitlichen Verzögerung der politischen Themensetzungen kommt.

Begründung

Im Rat der Hansestadt Lüneburg nehmen die Ausführungen der Verwaltung einen zeitlich sehr gewichtigen Anteil einer jeweiligen Ratssitzung ein. Dies führt dazu, dass Anträge und Anfragen der Fraktionen und Gruppen im Sitzungsrahmen weit nach hinten geschoben, über Monate hinweg nicht diskutiert und bei Verschiebungen und Rückverschiebungen zwischen Ausschüssen und Ratssitzungen in einem Zeitrahmen von zum Teil mehr als einem Jahr wieder vorgelegt und abgestimmt werden. Dies führt zu Unmut nicht nur unter den Ratsmitgliedern, sondern auch unter den Menschen aus der Zivilbevölkerung, die ihre Anliegen über Fraktionen und Gruppen in den Rat tragen und von Ratssitzung zu Ausschusssitzung zu Ausschusssitzung zu Ratssitzung vergeblich auf die Behandlung ihrer Anliegen warten. Die dadurch entstehende Politikverdrossenheit kann nicht im Sinne der Oberbürgermeisterin, der Ratsvorsitzenden oder der Ratsmitglieder sein. An diesem Punkt sollte der Rat kritisch hinterfragen, inwieweit die aktuelle Strukturierung der Ratssitzungen noch eine demokratische Repräsentation der Belange der Stadtbewohner*innen ermöglicht und spiegelt. Auch die Verwaltung würde sich eine Menge Mehrarbeit sparen, wenn sie nicht zu jeder Sitzung die Beantwortung von zuvor nicht behandelten Anfragen erneut anpassen müsste, um Sachverhalte nach dem jeweilig neuen Stand der Dinge darstellen zu können.

Ein plausibles Mindestmaß an Anträgen und Anfragen meint nicht eine Anzahl von ein bis zwei Anträgen pro Ratssitzung, wie z.B. in der Ratssitzung vom 29. Februar 2024 geschehen, sondern in jeder Ratssitzung sollten mindestens fünf bis zehn Tagesordnungspunkte aus der Sektion Anträge und Anfragen behandelt werden. Um dies zu ermöglichen, bitten wir darum, Anträge und Anfragen der Fraktionen und Gruppen in der Tagesordnungsreihenfolge nach den Einwohnendenfragen und vor den von der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzten Inhalten zu behandeln.

Wir bitten darum, diesen Antrag nicht nach hinten auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzungen zu setzen und erst nach mehreren Monaten abzustimmen, sondern schnellstmöglich eine Verbesserung der nicht länger hinnehmbaren Situation herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Gruppensprecherin Die PARTEI / Die Linke